

Sitzungsvorlage



Landkreis Cuxhaven
Der Landrat

Nr.:	371/2004
ausgefertigt am:	25.11.2004
Fachamt:	Amt Finanzielle Hilfen
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung– Kreisausschuss– Kreistag

Umsetzung des SGB II und SGB XII Anpassung und Aufhebung von Satzungen und Verordnungen

Durch Beschluss des Ausschusses für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung sowie des Kreisausschusses bildet der Landkreis Cuxhaven mit den Agenturen für Arbeit Bremerhaven und Stade eine Arbeitsgemeinschaft nach § 44 b SGB II. Gleichzeitig wurde beschlossen, dass die Erledigung der Aufgaben nach dem SGB XII (einschließlich der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung), dem Wohngeld und dem Asylbewerberleistungsgesetz – mit Ausnahme der Auszahlung der Hilfezahlungen und der Unterbringung – vom Landkreis Cuxhaven wahrgenommen werden.

Das noch geltende Bundessozialhilfegesetz verliert seine Gültigkeit mit Ablauf des 31.12.2004. Aus diesem Grunde muss die Satzung über die Heranziehung der Gemeinden und Samtgemeinden des Landkreises Cuxhaven sowie der Stadt Langen zur Durchführung von Aufgaben nach dem Bundessozialhilfegesetz vom 14. Juli 1999 in der Fassung der Ersten Änderungssatzung vom 24. September 2003 außer Kraft gesetzt werden. Gleiches gilt für die Satzung über die Heranziehung der Gemeinden und Samtgemeinden des Landkreises Cuxhaven sowie der Stadt Langen zur Durchführung von Aufgaben nach dem Gesetz über eine bedarfsorientierte Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vom 18. Dezember 2002 in der Fassung der Ersten Änderungssatzung vom 24. September 2003. Das Grundsicherungsgesetz ist durch das Gesetz zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch aufgehoben worden und die Leistungen der Grundsicherung in das SGB XII überführt worden.

Durch die Rückführung der Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz ist die Verordnung zur Übertragung der Aufgaben nach dem Wohngeldgesetz auf die Gemeinden und Samtgemeinden des Landkreises Cuxhaven sowie der Stadt Langen vom 24. September 2003 mit dem Übergabezeitpunkt aufzuheben.

Bis zur Errichtung der Arbeitsgemeinschaft hat der Landkreis Cuxhaven Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes nach dem SGB II für diejenigen erwerbsfähigen Personen zu erbringen, die in der Zeit vom 01. Oktober bis 31. Dezember 2004 für mindestens einen Tag Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Bundessozialhilfegesetz bezogen haben (§ 65 a Abs. 1 SGB II). Mit den kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden sowie der Stadt Langen ist abgesprochen worden, dass diese bis zur Einrichtung der Arbeitsgemeinschaft die Leistungen für den Lebensunterhalt weiter gewähren.

Gleichwohl ist für diesen Übergangszeitraum eine Aufgabenübertragung durch Satzung entsprechend den gesetzlichen Möglichkeiten nach § 3 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Sozialgesetzbuches II erforderlich. Ferner ist bis zur Aufgabenübernahme durch den Landkreis eine befristete Aufgabenübertragung für die Aufgaben des SGB XII – einschließlich der Grundsicherung – vorgesehen. Auch hier sieht das Niedersächsische Gesetz zur Ausführung des SGB XII in § 7 Abs. 1 die Form einer Satzung vor.

Die Satzung über Heranziehung der Gemeinden und Samtgemeinden des Landkreises Cuxhaven sowie der Stadt Langen zur Durchführung der Aufgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz vom 24. September 2003 muss entsprechend den Absprachen mit den Gemeinden und Samtgemeinden sowie der Stadt Langen dahingehend modifiziert werden, dass nach Übergang der Aufgaben auf den Landkreis noch die Leistungen zum Lebensunterhalt (teilweise mit Wertgutscheinen) ausgezahlt werden und die Unterbringung der zugewiesenen Personen sicherzustellen ist.

Die entsprechenden Neufassungen der Satzungen sowie der Wohngeldverordnung sind als Anlagen 1 bis 4 beigelegt.

Beschlussvorschlag:

Die Satzungen zum SGB II, SGB XII, Asylbewerberleistungsgesetz sowie die Wohngeldverordnung werden jeweils in der vorliegenden Neufassung beschlossen.

Bielefeld